

Wahlprüfsteine Agrarpolitisches Bündnis Antworten LINKE

1. Ökolandbau

Bremen ist „BioStadt“ und nach Berlin mit 21,1 Prozent das Bundesland mit dem höchsten Anteil an ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Fläche. Wir setzen uns dafür ein, dass noch mehr Landwirte ihren Betrieb auf den klimafreundlichen biologischen Landbau umstellen. Unser Ziel lautet: Bis 2030 sollen 50 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Bremen ökologisch bewirtschaftet werden.

Frage:

Wie stehen Sie zu unserer Forderung? Was werden Sie zukünftig zur Förderung des ökologischen Landbaus in Bremen unternehmen?

Wir unterstützen die Zielsetzung, den Anteil des Ökolandbaus an der landwirtschaftlichen Fläche bis 2030 auf 50 Prozent zu steigern. Die Landwirtschaft wird klimapolitisch immer wichtiger: Falls die EU ihre derzeitigen Klimaziele bis 2050 erreicht (durch den Kohleausstieg und die Verkehrswende), wird die Landwirtschaft dann etwa ein Drittel der Treibhausgas-Emissionen ausmachen. Die weitere Senkung ist nur durch die flächendeckende Umstellung auf eine extensive, ökologische Landwirtschaft machbar.

Die Umstellung auf Ökolandbau wird durch die zweite Säule der EU-Agrarförderung gefördert, in Bremen nach gemeinsamen Fördersätzen mit Niedersachsen. Zusätzliche Impulse können von der städtischen Nachfrage ausgehen. Im Rahmen der Umstellung der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung auf artgerechte Tierhaltung und Bioprodukte setzen wir uns für längerfristige Lieferverträge ein. Zu prüfen ist, ob der Betrieb oder die Gründung von Bio-Molkereien und Bio-Schlachthöfen besser unterstützt werden kann, denn hier liegt oft eine Schwachstelle. Die Erleichterung der Direktvermarktung kann auch für den Ökolandbau attraktiv sein. Darüber hinaus muss auch die Vermarktung regionaler Produkte viel stärker einbezogen werden. Lange Transportwege sind zu vermeiden.

2. Aktionsplan 2025 – Ausdehnung auf Mensen in Hochschulen/Uni

Der 2018 vom Bremer Senat auf Initiative des ABB beschlossene „Aktionsplan 2025 - Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ findet bundesweit Beachtung und fördert bereits jetzt die Bereitschaft weiterer Bremer Landwirte, ihren Betrieb auf Bio umzustellen. Er sieht vor, dass in öffentlichen Kitas, Schulen und Krankenhäusern nur noch Bio-Milch verwendet werden darf und bis 2022 die gesamte Verpflegung in Kitas und Schulen aus dem ökologischen Landbau kommen muss, in Krankenhäusern 25 Prozent bis 2024.

Frage:

Werden Sie unsere Forderung unterstützen, dass zukünftig der Aktionsplan auch auf die Kantinen in öffentlichen Einrichtungen und auf Mensen in Hochschulen und Universität Anwendung findet und auch dort bis 2022 mehr Bio-Milchprodukte und Bio-Lebensmittel zum Einsatz kommen?

Der Aktionsplan ist gut, aber noch lange nicht umgesetzt! Das gilt insbesondere für das ursprüngliche Anliegen des Bürgerantrags, nämlich die Umstellung auf artgerechte Tierhaltung. Ohne eine finanzielle Kompensation wird diese Umstellung nicht dauerhaft vorankommen können. Da eine Erhöhung der Beiträge oder der Essenspreise in Kitas und

Schulen nicht wünschenswert ist, muss der Aktionsplan seitens der Stadt finanziell unteretzt werden. „Aufwendungsneutral“ ist die 100prozentige Umstellung nicht zu haben. Für den Bereich der kommunalen Kliniken ist die Zielsetzung, bis 2024 zu 20 Prozent auf tierische und pflanzliche Produkte aus Ökolandbau umzustellen, eindeutig zu defensiv.

Die Erweiterung des Aktionsplans auf Mensen unterstützen wir. Auch hier gilt aber: Die Deckung der Mehrkosten muss geklärt sein und erfordert öffentliche Unterstützung.

3. Weidehaltung

Einige konventionell wirtschaftenden Landwirte lassen ihre Rinder nicht mehr auf die Weide und Biobetriebe müssen ihren Tieren lediglich einen Laufhof zur Verfügung stellen.

Weidehaltung ist aus Gründen des Tierwohls, der Artenvielfalt von Fauna und Flora auf den Grünlandflächen und des Klimaschutze sehr wünschenswert.

Frage:

Sind Sie auch dafür, dass Bremer Landwirten, die ihre Rinder mindestens 120 Tage auf die Weide lassen, eine Weideprämie für die entstehenden betrieblichen Mehraufwendungen gezahlt wird?

Wir befürworten die Einführung einer Weideprämie nach dem Vorbild anderer Bundesländer, in der Höhe von 60 Euro pro Tier und Weideperiode. Sie ist ein wichtiger Baustein, artgerechte Tierhaltung auch in konventionell produzierenden Betrieben zu fördern, und ein Beitrag zu einer extensiveren Landwirtschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bremen die Weideprämie auch unabhängig von Niedersachsen einführt. Das geht mittelfristig am besten, wenn Bremen die ELER-Mittel künftig eigenständig gestaltet und vergibt, kurzfristig durch ein landespolitisches Sonderprogramm.

4. Pestizideinsatz in der Landwirtschaft

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft in Bremen, die ohne Pestizide auskommt. Als Zwischenziel werben wir dafür, bis 2030 den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft Bremen zu halbieren. Wir werden dafür eintreten, dass Ackergifte wie das vermutlich krebserregende Glyphosat und die bienen- und insekten-tötenden Neonicotinoide schnellstmöglich europaweit verboten werden.

Frage:

Was halten Sie von unseren Forderungen für eine pestizidfreie Landwirtschaft und einem Verbot von Ackergiften?

Wir sprechen uns für ein abgestuftes Vorgehen aus. Der Verzicht auf Totalherbizide wie Glyphosat und auf Neonicotinoide muss umgehend erfolgen. Sie gefährden die menschliche Gesundheit, vernichten Biodiversität und sind eine wesentliche Ursache des Insektensterbens. Der schnellstmögliche Ausstieg aus Totalherbiziden und Neonicotinoiden wird nur möglich sein, wenn selektive Herbizide und andere Pestizide noch zur Verfügung stehen.

Die Reduzierung und schließlich die Abschaffung von Herbiziden und Pestiziden, wie in der ökologischen Landwirtschaft praktiziert, ist längerfristig ein notwendiges Ziel. Die

Möglichkeiten der biologischen Schädlingsbekämpfung sollten dafür stärker propagiert und besser erforscht werden.

5. Gentechnikfreie Landwirtschaft

Bereits seit 2011 ist Bremen sogenannte „gentechnikfreie Region“, das bedeutet in Bremen werden weder gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut noch gentechnisch veränderte Tiere gezüchtet. Wir möchten Bremer Landwirt*innen darüber hinaus ermutigen, dass ihre Nutztiere nur noch gentechnikfreie Futtermittel erhalten. Damit wäre Bremen wirklich eine gentechnikfreie Region.

Frage:

Unterstützen Sie unser Ziel, dass alle Bremer Landwirte freiwillig auf den Einsatz gentechnikfreier Futtermittel verzichten sollten, damit Bremen wirklich eine gentechnikfreie Region wird?

Der Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel ist für eine gentechnikfreie Region konsequent. Dabei geht es nicht um den Schutz des gentechnikfreien Anbaus vor eventuell benachbartem Anbau mit gentechnisch verändertem Saatgut, was ein wichtiges Motiv für gentechnikfreie Regionen ist, sondern um das Reduzieren von gentechnisch verändertem Anbau weltweit – weil kein Futtermittel aus gentechnisch verändertem Mais, Raps oder Soja mehr abgenommen wird. Wir befürworten eine entsprechende freiwillige Vereinbarung der Bremer Landwirte und öffentliche Unterstützung dabei, dies als Qualität des landwirtschaftlichen Standorts Bremen zu bewerben und zu vermarkten.

6. Tierwohl und Kennzeichnung von Lebensmitteln

Tiere sind Lebewesen und kein agrarindustrieller Rohstoff. Die auf Höchstleistung und Maximalertrag getrimmte Tierhaltung verursacht Tierleid, Qualzucht und regelmäßig Lebensmittelskandale. Eine Kehrtwende bei der Tierhaltung und Tierzucht ist überfällig. Für uns sind Lebewesen keine Wegwerfprodukte.

Frage:

Unterstützen Sie auch unsere Forderung nach mehr Platz und besseren Haltebedingungen für unsere Nutztiere, einem Verbot von Reserveantibiotika und einer verbindlichen gesetzlichen Kennzeichnung – ähnlich der von Eiern – von tierisch erzeugten Lebensmitteln?

Die deutsche Nutztierhaltungs-Verordnung wird dem Anspruch auf artgerechte, qualifreie Tierhaltung nicht gerecht. Die darin gesetzten Mindestflächen für Nutztiere sind zu klein, viele tierschutzrechtlich bedenkliche Praktiken sind in Deutschland zugelassen. Wir treten dafür ein, die Nutztierhaltungs-Verordnung auf Bundesebene tierschutzgerecht zu machen. Auch die EU-Mindestanforderungen an ökologischen Landbau sind hinsichtlich der artgerechten Tierhaltung verbesserungsbedürftig.

Mit der neuen EU-Tierarzneimittelverordnung, die ab 2022 gilt, wird der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung auf die Einzelbehandlung erkrankter Tiere beschränkt. Erstmals sollen Reserveantibiotika gelistet werden, die in der Tierhaltung überhaupt nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung für die zügige Umsetzung stark macht und die notwendigen Voraussetzungen für Kontrollen und Verfahren

schaft. Gleichzeitig sollten Obergrenzen für die Bestandsdichte erlassen werden, weil überhohe Bestandsdichten zum verstärktem Antibiotika-Einsatz führen.

Die verbindliche Kennzeichnung von Fleisch und Fleischprodukten nach dem Vorbild der Eier-Kennzeichnung befürworten wir. Unverbindliche, von den Anbietern selbst definierte Tierwohl-Label sind kein Ersatz. Die jeweils schlechtesten Stufen der Tierhaltung sollten dann nach und nach ganz verboten werden, analog zur verbotenen Käfighaltung.

7. Essbare Stadt

Ein Projekt „Essbare Stadt“ gibt es bereits in vielen Städten, auch in Bremen gibt es Initiativen dazu. Ziel ist u. a. die Nutzung des urbanen Raums zum Anbau von Lebensmitteln und die Förderung einer vielfältigen lokalen Lebensmittelproduktion.

Frage

Wie finden Sie das Projekt einer „Essbaren Stadt“ und dass auf ausgewählten öffentlichen Flächen Obst und Gemüse angebaut werden darf, die alle Bremer*innen ernten dürfen?

Wir begrüßen das Projekt „Essbare Stadt“. Bislang ist dabei allerdings noch keine große Dynamik erreicht worden, und es gibt keine wirkliche Umsetzungsstrategie. Wir halten es für erforderlich, dass hier genauer unterschieden wird und einzelne Formen gezielter gefördert und bilanziert werden, z.B. Streuobst in Kleingärten, Obstbäume und -sträucher in öffentlichen Parks, Gemeinschaftsgärten in Wohnanlagen, Anlage vor Schul- und Kita-Gärten, usw.

8. Ernährungsbildung

Gutes Essen beginnt mit der Wertschätzung von Lebensmitteln. Dafür braucht es mehr Wissen bei Verbraucherinnen und Verbrauchern darüber, wie Lebensmittel hergestellt werden, was darin enthalten ist und wie sie auf Mensch und Umwelt wirken. Wir wollen dem Thema deshalb in den Kitas und Schulen mehr Raum geben und den Kindern und Jugendlichen Kenntnisse und unmittelbare Erfahrungen vermitteln – theoretisch wie praktisch. Wir fordern, dass in Bremen die Umweltbildung im Sinne des Berichts „Zukunft Bremen 2035 (Handlungsfeld 13, Teilziel 4) u.a. durch ein neu einzurichtendes Unterrichtsfach „Ernährungsbildung“ umgesetzt wird und das jedes Bremer Grundschulkind einmal im Rahmen des Unterrichts auf einem Bauernhof gewesen sein sollte

Frage

Sind Sie auch für die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs „Ernährungsbildung“ und das jedes Bremer Grundschulkind einmal im Rahmen des Unterrichts auf einem Bauernhof gewesen sein sollte?

Wir sind sehr zurückhaltend gegenüber der Idee, auf gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen mit der Einführung zusätzlicher Unterrichtsfächer zu reagieren. Besser finden wir es, im Zuge der verstärkten Projektorientierung Projekte zu definieren, die z.B. das Thema Ernährung fächerübergreifend behandeln. Dazu gehören auch die regelmäßige Exkursion und die Erschließung außerschulischer Lernorte. Die Verankerung einfacher, konkreter Zielsetzungen wie der Besuch eines Bauernhofs während der Grundschulzeit finden wir aber richtig. Gerade im Zuge der Umstellung auf Bio-Essen dürfen auch die Integration der Ernährungsbildung in die Kitas, die begleitende Erwachsenenbildung (z.B.

durch Informationskampagnen in Mensen und Kantinen) und die Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) nicht vergessen werden.

9. Haus der Ernährung

Wie wir uns ernähren, woher unsere Lebensmittel kommen und wie sie produziert werden hat enorme Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, auf Böden, Wasser, Klima und auf die Gesundheit der Menschen. Die Ernährung erhält im gesellschaftlichen Diskurs trotzdem immer noch nicht die Bedeutung, die notwendig wäre. Wir fordern daher, dass Bremen ein öffentlich gefördertes, aber unabhängiges „Haus der Ernährung“ nach dem Vorbild vom Kopenhagener „House of Foods“ erhält - gegründet zum Zweck der Verbesserung der Speisen in öffentlichen Einrichtungen.

Frage:

Sind Sie auch dafür, dass Bremen ein öffentlich gefördertes „Haus der Ernährung“ nach dem Kopenhagener Vorbild „House of Foods“ erhält?

Wir finden ein „House of Food“ sinnvoll – als ein Modellprojekt, das die umweltbewusste Umstellung der Ernährung fördert und Impulse in alle Bereiche gibt. Dies sollte mehr sein als eine reine Fortbildungseinrichtung für Küchenpersonal, sondern ein wirklicher „Impulsgeber Zukunft“, der die überregionale und internationale Debatte und Praxis um umweltgerechte Ernährung in Bremen bündelt und vermittelt. Ziel sollte sein, in der nächsten Legislaturperiode zusammen mit den verschiedenen gesellschaftlichen Initiativen, den Kompetenzstellen in der Verwaltung und den städtischen Akteuren ein Konzept für ein House of Food zu entwickeln und einzurichten.